



In Internetvideos zeigt der ukrainische Präsident, dass er das Land nicht verlassen hat. Im Hintergrund ist ein Gebäude in der Hauptstadt Kiew zu sehen.



Der ukrainische Präsident

Von 2015 bis 2019 wurde im ukrainischen Fernsehen die lustige Serie „Diener des Volkes“ ausgestrahlt. Sie erzählt die Geschichte eines Lehrers, der vollkommen überraschend zum Präsidenten der Ukraine gewählt wird. In der Hauptrolle: Wolodymyr

Kurz vor der Präsidentenwahl 2019 trat Selenskyj noch in Comedyschows auf.



Selenskyj, der 2019 tatsächlich selbst zum Präsidenten seines Landes gewählt wurde. Zu Beginn seiner Regierungszeit wurde er oft noch belächelt. In der aktuellen Situation zeigt er sich als Staatschef, der überlegt und ruhig auftritt. In Internetvideos versichert er seinem Volk, dass er das Land nicht verlassen habe, und ruft dazu auf, die Ukraine zu verteidigen. Und er hat sich auch an die russische Bevölkerung gewendet – auf Russisch. Denn Selenskyj ist im russischsprachigen Teil der Ukraine aufgewachsen. Und auch im Nachbarland war er als Schauspieler und Komiker bekannt. Aus dem Schauspieler ist ein Staatsmann geworden, vor dem viele Menschen weltweit nun großen Respekt haben.

Russland wird bestraft

Viele Länder haben sich auf Sanktionen gegen Russland geeinigt, also auf Strafen. Es geht dabei vor allem auch um Geld. Denn das braucht Russland dringend, um sein Militär zu finanzieren. Dabei fällt immer wieder der Begriff Swift. Das ist ein System, mit dem die ganze Welt Geld hin und her schiebt: Wenn du etwa im Ausland eine Hose bestellst, dann reist du nicht mit deinem Geldbeutel über die Grenze, um sie zu bezahlen. Deine Eltern überweisen das Geld von ihrem Konto an die Hosenfirma im Ausland. Und so funktioniert das auch mit riesigen Geldmengen. Ohne dieses System kann man also weder bezahlen noch Geld bekommen. Nun hat man einige Banken in Russland aus dem Swift-System ausgeschlossen – das trifft russische Unternehmen und den russischen Staat hart, weil sie so vom internationalen Geldfluss abgeschnitten sind.

Auch im Europäischen Parlament wurden Strafen gegen Russland beschlossen. Alle EU-Länder haben sich daran beteiligt.



Stand von Mittwoch

Deine Zeitung wird donnerstags gedruckt. Daher kann sich die Lage geändert haben, bis du sie liest.

Angriff auf die Ukraine

Seit rund einer Woche herrscht Krieg

Vor rund einer Woche hat der russische Präsident Wladimir Putin seiner Armee befohlen, die Ukraine anzugreifen. Zunächst sollen vor allem militärische Ziele angegriffen worden sein, also etwa Stützpunkte der ukrainischen Armee. Mittlerweile sind viele Großstädte im Nachbarland das Ziel der russischen Armee. Dabei sind Soldatinnen und Soldaten beider Länder getötet worden und auch normale Bürger der Ukraine. Nahezu überall auf der Welt wird von einem Krieg gesprochen – nur in Russland nicht. Wladimir Putin spricht stattdessen von einer „Spezialoperation“. Er wolle die ukrainische Regierung von Nazis befreien. Und er behauptet, dass im Nachbarland Russinnen und Russen verfolgt und getötet würden. Doch die Regierungen anderer Länder sind sich sicher, dass das eine Lüge ist, um die Angriffe zu rechtfertigen. Viele Menschen in Russland sind gegen den Krieg. Einige demonstrieren, obwohl sie ihre Meinung nicht frei sagen dürfen. Auch die Presse darf in Russland nicht frei berichten. Putin sorgt dafür, dass zum Beispiel im Fernsehen nur das gesendet wird, was er will.



An den Grenzen bilden sich lange Schlangen.



Waffen aus Deutschland

In ein Kriegsgebiet hat Deutschland bisher keine Waffen geliefert, sondern immer nur Hilfsgüter und Geld. Doch das ist nun anders: Zusammen mit anderen Ländern unterstützt das deutsche Militär die kämpfenden Soldaten in der Ukraine mit militärischen Waffen. „Der russische Überfall auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende“, erklärte Kanzler Olaf Scholz. Es sei unsere Pflicht, die Ukraine nach Kräften zu unterstützen bei der Verteidigung gegen die einmarschierende Armee von Wladimir Putin. Deutschland stehe eng an der Seite der Ukraine. Dies ist nun eine ganz neue Situation für die Politik in Deutschland. Das gab es noch nie.

Auf der Flucht

Seit der Krieg angefangen hat, sind Hunderttausende Menschen aus der Ukraine in Nachbarländer geflüchtet – vor allem nach Polen und Rumänien. In den Ländern werden sie mit großer Hilfsbereitschaft aufgenommen. Auch in Deutschland sind inzwischen Menschen aus der Ukraine angekommen. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock betonte, dass die Europäische Union und Deutschland alle Flüchtlinge aufnehmen würden.



Mehr als 100 000 Menschen haben in Berlin für Frieden demonstriert. In Paris leuchtet der Eiffelturm in den Farben der Ukraine.

Zeichen für den Frieden

Blau-Gelb: Das ist das Zeichen, dass man mit der Ukraine mitfühlt, dass man den russischen Einmarsch verurteilt. Die blau-gelben Ukraine-Flaggen hängen an Rathäusern, wichtige Gebäude wie das Brandenburger Tor in Berlin oder der Eiffelturm in Paris sind in den Farben Blau-Gelb angestrahlt. Die Menschen treffen sich in vielen Ländern dieser Erde zu Mahnwachen und Protesten: Hunderttausende Menschen demonstrieren auch Deutschland. Auch viele Stars und Prominente äußern sich entsetzt über den russischen Krieg. In Fußballstadien wurden Schweigeminuten abgehalten. Internationale Sportereignisse, die in Russland stattgefunden hätten, wurden in andere Städte verlegt, etwa das Endspiel der Champions League. Russische Sportler sollen nicht mehr an internationalen Wettbewerben teilnehmen dürfen, fordert nun das Internationale Olympische Komitee. Und der Fußball-Weltverband Fifa und der europäische Verband Uefa haben die russischen Mannschaften von internationalen Spielen ausgeschlossen. Solche Maßnahmen treffen auch Menschen, die nicht für den Krieg verantwortlich sind. Sie sollen aber der russischen Regierung zeigen, wer alles auf der Seite der Ukraine steht.



Viele Menschen demonstrieren und meinen: Stoppt den Krieg! (englisch: stop the war).